



## Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

- Die Landtagskandidaten -

FDP-Landesverband M-V, Goethestr. 87, 19053 Schwerin

**ArGe Energieeffizienz**

**Frau Claudia Handschuck**

**Ellerried 1**

**19061 Schwerin**

Schwerin, d. 26. Mai 2016

### Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern

hier: Ihr Schreiben vom 24.05.2016

*Sehr geehrte Frau Handschuck,*

vielen Dank für Ihr Schreiben mit den Wahlprüfsteinen der ArGe Energieeffizienz. Sehr gerne werden wir im Folgenden auf Ihre Fragen eingehen und unsere liberalen Positionen darstellen:

1. Das wirtschaftliche Bild Mecklenburg-Vorpommerns ist geprägt von Kleinst- und Kleinbetrieben in Handel, Handwerk, Dienstleistung und produzierendem Gewerbe. Diese meist inhabergeführten Betriebe bilden den Mittelstand unseres Landes, sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft: Unternehmer und Familienunternehmen, die Privates nicht von Wirtschaftlichem trennen können und wollen, die Verantwortung für sich, ihre Mitarbeiter und ihre Region übernehmen. Die auch in schwierigen Zeiten nicht das Handtuch werfen – mit allen Risiken die damit verbunden sind. Unternehmer, die die Gegenwart und die Zukunft selber gestalten möchten. Der Mittelstand ist der größte Arbeitgeber, der größte Steuerzahler und der größte Ausbilder in unserem Land. Die Unternehmen leiden aber heute bei der Besetzung von offenen Stellen unter den Folgen der schlechten Bildungspolitik der letzten Jahre. Deswegen muss die Politik

Freie Demokratische Partei      LV Mecklenburg-Vorpommern  
Landesgeschäftsstelle Goethestr. 87      19053 Schwerin  
Tel.: 0385/562954      Fax: 0385/5574665  
Email: m-v@fdp.de; homepage: [www.fdp-mv.de](http://www.fdp-mv.de)  
Deutsche-Bank Schwerin, BLZ 130 700 00

Konto-Nr. 31 77 128 00 oder 28, IBAN DE10 130 700 000 3177128 00, BIC DEUT DE BRXXX

den vielen Handwerkern, Händlern, Landwirten, Freiberuflern und Unternehmern den Rücken freihalten.

Die zunehmende wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand, sei es auf kommunaler Ebene, im Land oder im Bund, verursacht einen erheblichen Konflikt zur privaten Wirtschaft.

Es ist regelmäßig davon auszugehen, dass private Investoren auf ein Engagement verzichten, wenn in diesem Bereich der Staat als Unternehmer in Erscheinung tritt. Hinzu kommt, dass sich der Staat in einen ungleichen Wettbewerb mit der Privatwirtschaft begibt. Denn im Gegensatz zum Handwerksbetrieb genießen etwa eine Stadt oder ein Landkreis erhebliche steuerliche Vorteile, nahezu unbegrenzte Kreditfähigkeit sowie einen erheblichen Informationsvorsprung. Ferner ist das Bestreben der Kommunen zu beobachten, sich angesichts der finanziell schwierigen Lage durch wirtschaftliche Betätigung in vermeintlich gewinnbringenden Bereichen zusätzlich zu engagieren.

Den privatwirtschaftlichen Unternehmen steht effektiver und vor allen Dingen sicherer Rechtsschutz gegen eine derartige Überschreitung der Grenzen für eine wirtschaftliche Betätigung durch die Kommunen nicht zur Verfügung.

#### Wir Freien Demokraten werden

- jedes Landesgesetz besser auf seine Be- und Entlastungswirkung vor allem für die kleinen und mittelständischen Unternehmen prüfen
- jede Art von Investitionshemmnissen konsequent beseitigen
- die spezifischen Rahmenbedingungen des Handwerks weiter verbessern und Betriebsübernahmen sowie Aus- und Neugründungen erleichtern
- mehr für eine Gründerkultur in Mecklenburg-Vorpommern tun
- alle Regelungen der Ladenöffnungszeiten kritisch hinterfragen und dafür streiten, dass die Ladenöffnung unternehmerische Freiheit wird
- für die Abschaffung von Beschränkungen für Sortimente an verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen streiten.
- uns über eine Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass die Erbschaft- und Schenkungsteuer so ausgestaltet wird, dass sie im Interesse von

Beschäftigungssicherung und Unternehmenserhalt mittelstandsfreundlich bleibt, indem Unternehmensnachfolgen ohne Eingriff in die Substanz oder Liquidität der Unternehmen erfolgen können

- durch eine Novellierung der Kommunalverfassung dafür sorgen, dass der Staat sich nur in sehr engen Grenzen als Unternehmer betätigen kann und uns konsequent für einen Rückbau staatlicher wirtschaftlicher Betätigung einsetzen

2. Berufliche Bildung als Bestandteil lebenslangen Lernens ist eine Grundlage für erfolgreiche Lebensbiographien. Berufliche Bildung im Zusammenhang mit Fort- und Weiterbildung sind neben der Erstausbildung bisher vernachlässigt worden.

Die beruflichen Schulen brauchen mehr Selbstständigkeit beim flexiblen Einsatz von Lehrern und bei der Nutzung der Lehrerstundenbudgets. Das Angebot an Berufsschullehreraus-, Fort- und Weiterbildung ist stark zu erweitern und den Bedürfnissen anzupassen. Das Qualitätsmanagement-System in der beruflichen Bildung muss dabei auch die Personalentwicklung erfassen.

Im Sinne einer besseren Durchlässigkeit sollten mehr Kooperationen mit Hochschulen, Fachhochschulen und Berufsakademien bei Ausbildungsgängen angestrebt werden. Einrichtung von dualen Studienangeboten sowie Teilzeitstudiengängen an Hoch- und Fachhochschulen tragen zu einer stärkeren Lebensweltorientierung der Hochschulen bei.

#### Wir Freien Demokraten werden

- uns dafür einsetzen, dass das Thema Selbständigkeit und Unternehmen in den Lehrplan des Fachs Wirtschaft ab Sekundarstufe I aufgenommen wird und praxisnahe schulische und außerschulische Bildungsprojekte zur Verbesserung des Verständnisses für die Funktion der Unternehmen in Wirtschaft und Gesellschaft etabliert werden
- uns für eine Erhöhung der Attraktivität der Beruflichen Bildung einsetzen durch elternunabhängige Zuschüsse zu Fahrten und Unterbringung im regionalen Bereich durch die Gleichstellung von Auszubildenden und Abiturienten, unter anderem durch unentgeltliche Nutzung moderner Lehr- und Lernmittel

- uns dafür einsetzen, dass Schulen in Eigenverantwortung Lern- und Klassegruppengrößen festlegen können, die ein alters- und sachgerechtes Lernen ermöglichen
- uns für aktives Personalentwicklungskonzept stark machen, welches den Lehrern eine verlässliche Planung ihrer beruflichen Entwicklung ermöglicht
- die effiziente Vermittlung von Lehrstellen einfordern
- uns bei der Neustrukturierung in Regionale Berufliche Bildungszentren (RBB) für den selbstständigen Status des Berufsschulförderzentrum (BSFZ) aussprechen
- am dualen Ausbildungssystem als Regelfall der Berufsbildung festhalten

3. Wir wollen die energetische Sanierung des Gebäudebestands weiter vorantreiben. Im Sinne einer demografiegerechten Politik geht es uns darum, verstärkt Wohngebäude und Wohnumfeld an die Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft anzupassen sowie eine flexible und nachhaltige Stadtentwicklungspolitik ausgestalten, die auch ländliche Räume besser einbezieht. Das Ziel muss es sein, Energieeinsparpotenziale im Gebäudebestand zu mobilisieren und neue Gebäude mit möglichst geringem Energiebedarf zu erstellen. Denn energieeffiziente Gebäude sind ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz und entlasten den Geldbeutel der Eigentümer. Wir setzen hierbei weiterhin auf eine Strategie aus ‚Fordern, Fördern, Informieren – Marktkräfte stärken‘.

Priorität sollte das Bauen im Bestand haben. In den unterschiedlichsten Regionen Mecklenburgs und Vorpommerns haben sich im Laufe der Zeit individuelle Baukulturen entwickelt, die zu wichtigen Standortfaktoren, z. B. im Tourismus geworden sind. Diese identitätsstiftende Baukultur sollte auch bei Sanierungs- und Neubauprojekten sowie bei der Installation von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien und Isolationstechnologien weitestgehend berücksichtigt werden. Tradition und Moderne müssen im Einklang stehen.

#### Wir Freien Demokraten werden

- dafür sorgen, dass Technik-, Energie- und Ausstattungskriterien für Gebäude weitgehend selbstbestimmt sind und die Landesbauordnung nicht zum Werkzeug zur

Durchsetzung sachfremder politischer Ziele, wie z.B. Bevorzugung einzelner Energieträger, werden darf

4. Digitalisierung ist für uns ein Werkzeug, um Landesentwicklung und individuelle Freiheit zu fördern. Deshalb wollen wir Mecklenburg-Vorpommern zum digitalen Flächenland der Zukunft machen. Voraussetzung dafür ist eine leistungsfähige Infrastruktur für die digitale Kommunikation („Breitband“). Ein möglichst weit ausgebautes Glasfasernetz ist gegenwärtig die technisch beste und zukunftsweisendste Lösung für eine Breitband-Infrastruktur, die mit den rasant wachsenden Kapazitätsanforderungen aus Telefonie, Verbraucherangeboten wie TV- und Gaming-Anwendungen sowie Handel, Gewerbe und Industrie mithalten kann. Es muss aber für jeden konkreten Fall an jedem Ort geprüft werden, welche zukunftsicheren technologischen Lösungen die Anbindung an das „Netz der Netze“ wirtschaftlich effizient ermöglichen.

Die wirtschaftliche Attraktivität und damit die Zukunft unseres Landes hängen entscheidend von der Fähigkeit ab, in der zunehmend digitalisierten Gesellschaft verankert zu sein.

Handel und Verbraucher, Freiberufler und Betriebe wollen an der internetbasierten Wirtschaft teilnehmen und die sich ergebenden Chancen nutzen. Das betrifft nicht nur Software-Entwickler, Dienstleister und das produzierende Gewerbe (Stichwort „Industrie 4.0“) sondern auch Handel, Pensionen und Hotels, Ärzte, Anwälte, Architekten und Ingenieure und vor allem auch die moderne Landwirtschaft.

#### Wir Freien Demokraten werden

- uns dafür einsetzen, dass der Ausbau der Breitband-Infrastruktur in unserem Land endlich entscheidend forciert wird, sowie die dafür notwendigen Anreize technologie-neutral gesetzt und alle Möglichkeiten des Marktes genutzt werden
- dafür Politik machen, alle in der Zuständigkeit des Landes liegenden Zugangshemmnisse für Marktteilnehmer des Kommunikationsmarktes zu beseitigen und Monopolbildungen durch Unternehmen im Besitz der öffentlichen Hand zu verhindern

Freie Demokratische Partei      LV Mecklenburg-Vorpommern  
Landesgeschäftsstelle Goethestr. 87      19053 Schwerin  
Tel.: 0385/562954      Fax: 0385/5574665  
Email: m-v@fdp.de; homepage: [www.fdp-mv.de](http://www.fdp-mv.de)  
Deutsche-Bank Schwerin, BLZ 130 700 00

Konto-Nr. 31 77 128 00 oder 28, IBAN DE10 130 700 000 3177128 00, BIC DEUT DE BRXXX

- darauf achten, dass die Landesregierung die Errichtung einer zukunftsfähigen Infrastruktur für die digitale Kommunikation („Breitband“) als Voraussetzung für die künftige Landesentwicklung mit höchster Priorität verfolgt, dass sich aber die öffentliche Hand nur dort direkt einschaltet, wo in einem offenen und technologieneutralen Markt nachweislich anders keine zügige Breitbanderschliessung möglich wäre
  - darauf drängen, dass bei allen öffentlichen Straßen-, Wege- und Kanalisationsbaumaßnahmen künftig bereits Leerrohre für spätere Kabel verlegt werden
5. Die Menschen in unserem Land wissen noch allzu gut: alle Formen der Staats- und Planwirtschaft haben im Ergebnis zu Mittelverschwendung, Ineffizienz, Unfreiheit und Mangelverwaltung geführt. Liberale Wirtschaftspolitik verteidigt daher die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft – Privateigentum, Gewerbe- und Vertragsfreiheit, freie Preisbildung und Berechenbarkeit der wirtschaftspolitischen Rahmensetzung. Daher gilt für unsere Wirtschaftspolitik der unbedingte Grundsatz, dass staatliches Handeln faire Spielregeln bestimmen soll, aber nicht direkt in die Wirtschaft eingreifen darf. Bei diesen Spielregeln müssen sich die Akteure der Wirtschaft auf Beständigkeit und Vertrauensschutz verlassen können.

#### Wir Freien Demokraten werden

- uns für die Abschaffung des Vergabegesetzes einsetzen und für den Verzicht auf vergabefremde Kriterien bei öffentlichen Aufträgen arbeiten, wie z. B. Mindestlohnforderungen über den gesetzlichen Rahmen hinaus

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne auch in einem persönlichen Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Cécile Bonnet-Weidhofer  
Spitzenkandidatin

René Domke  
Landesvorsitzender

Freie Demokratische Partei    LV Mecklenburg-Vorpommern  
Landesgeschäftsstelle Goethestr. 87    19053 Schwerin  
Tel.: 0385/562954    Fax: 0385/5574665  
Email: m-v@fdp.de; homepage: [www.fdp-mv.de](http://www.fdp-mv.de)  
Deutsche-Bank Schwerin, BLZ 130 700 00

Konto-Nr. 31 77 128 00 oder 28, IBAN DE10 130 700 000 3177128 00, BIC DEUT DE BRXXX